



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort:	Haus der Insel, Nordeingang - Konferenzraum 1-2, Am Kurtheater 2	
Sitzungsdatum:	16.02.2012	Niederschrift gefertigt am: 05.03.2012
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19.30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RM Bernhard Onnen

Stimmberechtigtes Mitglied

BG Karin Rass
RM Helga Meyer
RV Johannes Terfehr
BG Jann Ennen
RM Volker Lenz
RM Heidi Raschke

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs
StAR Talea Karow
Dipl.-Ing. Frank Meemken
StA Walter Uden

Schriftführer

Irene Köß

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 26.01.2012
3. Haushaltsplan 2012
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Anfragen und Anregungen
6. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Onnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 26.01.2012

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 26.01.2012 wird mit 5 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3. Haushaltsplan 2012

Eingangs weist StAR Karow auf einige Schreibfehler-Korrekturen im Vorbericht und im Ergebnis- und Finanzhaushalt hin. Da diese zum Teil durch die in der heutigen Sitzung besprochenen Änderungen überholt sind, ist die aktualisierte Übersicht zum Finanzhaushalt dem Protokoll beigelegt. Die Summen sind außerdem aufgeführt auf den Seiten 2, 4 und 14 des Vorberichtes. Die innerbetrieblichen Leistungsverrechnungen i. H. v. 35 T€ sind in den Endsummen nicht berücksichtigt worden.

Weitere Berichtigungen:

Seite 14 (neu Seite 16) des Vorberichtes: Die Auflistung der Einzahlungen für Maßnahmen wurde ergänzt um die Veräußerungserlöse i. H. v. 20.000 € und Darlehenstilgungen i. H. v. 3.800 €

Seite 11 (neu S. 33) des Ergebnis- und Finanzhaushaltes: Zu Produkt 21.8.01 wurde der Zuschuss i. H. v. 15 T€ eingeplant.

In der nachfolgenden Diskussion werden im Wesentlichen folgende Themen näher erörtert:

Für Rechts- und Beratungskosten wurden 50 T€ veranschlagt worden. Sie wurden nicht einzeln deklariert und fallen unter „Geschäftsaufwendungen“. Die Verwaltung sieht keine Notwendigkeit, zum Thema Krankenhaus ein Rechtsgutachten einzuholen.

Für Bebauungspläne wurde ein Betrag von 60 T€ veranschlagt. Den Nutzen von B-Plänen muss man im Verhältnis zu den Kosten sehen.

Bei der Umstellung der Feuerwehr auf Digitalfunk war 2011 ein Ansatz i. H. v. 20 T€ veranschlagt gewesen. Die Feuerwehr war ursprünglich davon ausgegangen, dass nur die festen Funkgeräte umgerüstet werden müssten. Es habe sich herausgestellt, dass auch die Meldeempfänger umzurüsten seien. Die Gesamtkosten betragen 40 T€.

Die Förderung des Landes für die Umgestaltung des Onnen-Visser-Platzes ist – entgegen der ursprünglichen Auskunft – nicht nach oben begrenzt und liegt bei 50 % vom Netto. Es ist noch nicht klar, ob die Straßenbaumaßnahme vor dem Haus Iderhoff förderfähig ist. Die Skulptur aus dem Vorgarten wird ihren neuen Standort nicht auf dem Onnen-Visser-Platz finden.

Beim Ausbau der Benekestraße – zwischen Winter- und Luciusstraße – ist der veranschlagte Betrag von 180 T€ differenziert darzustellen, und zwar für den Bereich der Straßenoberfläche mit 125 T€ und für den Bereich der Regenwasserkanalisation mit 55 T€. Die Anliegerbeiträge werden sich deshalb auf 76 T€ reduzieren.

BG Ennen ist der Meinung, dass der Ausbau des Onnen-Visser-Platzes mit 300 T€ zu hoch veranschlagt sei. Es sollten erst die Planungen vorliegen, bevor Beträge im Haushalt eingeplant würden. Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die bisher vorgelegten Pläne zur Gestaltung des Onnen-Visser-Platzes keine Mehrheit im Fachausschuss gefunden hätten. Die Politik habe sich aber grundsätzlich für die Durchführung der Maßnahme in 2012 ausgesprochen.

Von daher war es nach geltendem Haushaltsrecht notwendig, die geschätzten Kosten zu veranschlagen. StAR Karow verweist auf den Haushaltsgrundsatz, nach dem Einnahmen nicht zu überschätzen und Ausgaben nicht zu unterschätzen seien. BM Ulrichs ergänzt, dass erst seit wenigen Wochen überhaupt von Fördermitteln die Rede sei. Man solle nicht am falschen Ende sparen.

Bezüglich der Aussichtsplattform Südstrandpolder kann die Maßnahme 2013 durchgeführt werden, ohne die Förderung zu gefährden. Wenn in diesem Jahr mit den Planungen begonnen wird, sind auch diese förderfähig. Im Haushaltsplan ist die Zuweisungssumme von 80 T€ auf 100 T€ zu erhöhen.

Bei der Umrüstung auf LED-Straßen-Beleuchtung ist die Förderquote auf 20 % gesunken, der Ansatz der Drittmittel ist daher um 20 T€ zu reduzieren. Dennoch lohne sich die Maßnahme, weil über 60 % der laufenden Kosten durch die Umstellung eingespart werden könnten.

Für bewegliche Anlagegüter soll bei Produkt 11.1.04 - Finanz- und Liegenschaftsverwaltung - neu der Betrag von 20 T€ veranschlagt werden, weil im Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Verkehr die Anschaffung von Parkscheinautomaten beschlossen wurde.

Für den Erwerb von Grundstücken sind 100 T€ vorgesehen. Aufgrund der Angebote des Landes für den Straßenausbaus liegt dieser Betrag jetzt schon bei 80 T€; der Ansatz wird deshalb um 50 T€ aufgestockt werden.

BM Ulrichs hält den vorgelegten Haushaltsplan für sehr solide. Wenn man bei einer Position eine andere Auffassung habe, solle man trotzdem das Ganze betrachten.

BG Ennen bezeichnet als wesentlichen Grund seiner ablehnenden Haltung (und der seiner Fraktion), dass er die kürzlich erfolgte Erhöhung der Grundsteuer nicht für erforderlich halte und man die Angelegenheit Winterdienst an anderer Stelle leicht hätte bereinigen können. StAR Karow weist darauf hin, dass der Haushaltsausgleich mit der Erhöhung der Grundsteuerhebesätze gelungen sei.

Beschluss

Dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 i. d. F. vom 24.01.2012 wird mit den beratenen Änderungen zugestimmt.

4 Stimmen dafür

2 Stimmen dagegen

1 Enthaltungen

TOP 4. Mitteilungen der Verwaltung

StAR Karow erläutert den Entwurf der Eröffnungsbilanz anhand einer kurzen Präsentation. Danach sei das Anlage- und Umlaufvermögen in Höhe von rd. 60 Mio. € mit rd. 1/3 fremdfinanziert. Nach der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt werde die Eröffnungsbilanz einschließlich Anlagenspiegel den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

TOP 5. Anfragen und Anregungen

Es werden keine Anfragen gestellt und keine Anregungen gegeben.

TOP 6. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a) Herr Jentsch fragt, warum Pensionsrückstellungen zum Vermögen gehören. StAR Karow erläutert, dass diese im Gegenteil zu den Verbindlichkeiten zählen.
- b) Herr Jentsch möchte einen Haushaltsplan mit nach Hause nehmen. StAR Karow antwortet, dass der Haushaltsplan nach Verabschiedung durch den Rat auf der Internetseite der Stadt

veröffentlicht werde. Er könne dann den Plan im Rathaus einsehen bzw. ein Exemplar mitnehmen.

- c) Herr Saathoff will wissen, ob der Ausbau des Onnen-Visser-Platzes auch Anliegerbeiträge wie beim Ausbau der Benekestraße zur Folge haben werde. StAR Karow antwortet, dass die Maßnahme zeigen werde, wie dies zu handhaben sei.
- d) Herr Saathoff fragt nach der Höhe der Kreisumlage und der Finanzausgleichsumlage sowie danach, ob auch Leistungen des Kreises an die Stadt Norderney erfolgen. StAR Karow beziffert die Finanzausgleichsumlage mit 100 T€ und die Kreisumlage mit 2.590 T€. Beide Umlagen hätten sich nicht erhöht.

RV Terfehr ergänzt, dass Norderney tatsächlich zu den größten Nettozahlern im Kreis gehöre und leicht der Eindruck entstehen könne, dass Norderney nicht viel zurückbekäme. Wenn allerdings die Insel berechnete Wünsche äußere, würden diese auch erfüllt. RV Terfehr nennt als Beispiel die Müllumschlagstation. Außerdem habe die KGS seit über 10 Jahren ein hervorragendes Musikprogramm, das nur möglich sei durch die Unterstützung der Kreismusikschule.

- e) Herr Saathoff kommt noch einmal darauf zurück, dass Klärschlamm nach der Räumung eines Vererdungsbeckens auf das Festland verbracht werde. Er meint, dass Klärschlamm in einen Wertstoff umgewandelt werde, den man im Landschaftsbau gebrauchen könne und will wissen, warum die Räumung im Vergleich zu früher viel teurer geworden sei. BM Ulrichs verweist auf Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen (Klärschlammverordnung, Düngemittelverordnung und das Nationalparkgesetz). Man habe geprüft, wie viel Klärschlamm auf der Insel verbleiben könne (100 t). Der Rest (17.000 m³) müsse auf das Festland verbracht werden.
- f) Herr Jentsch fragt, woher die angesprochenen Pläne für den Onnen-Visser-Platz stammten. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass die TDN im Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Verkehr einige Gestaltungsvorschläge vorgestellt habe. AV Onnen ergänzt, dass der Ausschuss sich nicht auf einen Plan habe einigen können. Außerdem habe es Vorschläge von Privatleuten wie Herrn Eberhardt gegeben.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Onnen
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Köß
(Protokollführer)